

19.01.2016 – 10:07 Uhr

Bain-Studie in Kooperation mit dem Weltwirtschaftsforum Davos / Der Kampf um Kapital: Schwellenländer müssen Energieinvestitionen verdoppeln

München/Zürich (ots) -

Investitionsvolumen steigt bis 2040 auf knapp 500 Milliarden US-Dollar jährlich

- Schwellenländer dominieren in Zukunft die Entwicklung regenerativer Energien
- Bain und Weltwirtschaftsforum legen Acht-Punkte-Plan vor, wie Staaten private Geldgeber gewinnen können

Die schnell wachsenden Volkswirtschaften müssen ihre Energieinvestitionen in den kommenden 25 Jahren verdoppeln, um ihren Energiehunger zu stillen. Das erforderliche jährliche Investitionsvolumen in diesen Staaten außerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Non-OECD) wird nach Berechnungen der internationalen Managementberatung Bain & Company und dem Weltwirtschaftsforum (WEF) auf das Doppelte der Investitionen in den OECD-Staaten ansteigen. Der Wettbewerb um den Import fossiler Energieträger wandelt sich zu einem globalen Kampf um Kapitalgeber für Investitionen in effiziente und erneuerbare Energien. Bain legt auf dem WEF in Davos einen Acht-Punkte-Plan vor, wie Schwellenländer Investoren für den Energiesektor finden.

Von 2000 bis 2014 lagen die Investitionen in den Energiesektor schnell wachsender Volkswirtschaften außerhalb der OECD bei insgesamt vier Billionen US-Dollar und sind damit mit den Investitionen in den OECD-Staaten vergleichbar. Das aber wird sich ändern, wie die Studie "The Future of Electricity in Fast-Growing Economies" zeigt, die Bain und das WEF heute in Davos veröffentlichen.

Das dynamische Wirtschaftswachstum lässt den Energiebedarf der Nicht-OECD-Staaten in die Höhe schnellen - sowohl in der Industrie als auch im Handel und Dienstleistungsbereich sowie bei den Verbrauchern. Denn mit dem wirtschaftlichen Aufstieg dieser Volkswirtschaften nimmt auch der Wohlstand zu - und mit ihm der Stromverbrauch der Privathaushalte. Der Studie zufolge werden sich die Energieinvestitionen bis 2040 verdoppeln müssen, um dem wachsenden Energiehunger gerecht zu werden. Statt bisher etwa 240 Milliarden US-Dollar jährlich werden Nicht-OECD-Staaten dann pro Jahr 495 Milliarden US-Dollar für den Ausbau und die Effizienzsteigerung konventioneller Energieträger, erneuerbarer Energien und der Netzinfrastruktur aufwenden. Damit wird der Investitionsbedarf 2040 in diesen Ländern doppelt so hoch sein wie in den OECD-Staaten.

Weiterer Aufstieg hängt am Energiesektor

Gleichzeitig verändert sich das Umfeld grundlegend. "Was einst ein Wettlauf um Rohstoffe war, ist nun ein globaler Kampf um Kapital geworden", stellt Walter Sinn, Deutschlandchef von Bain & Company, fest. Schwellenländer und Industriestaaten konkurrieren um Geldgeber, die den Ausbau ihrer Energieversorgung und die Entwicklung erneuerbarer Energien finanzieren. Für die Schwellenländer wird davon ihr weiterer wirtschaftlicher Aufstieg abhängen. Engpässe bei der Energieversorgung könnten das Wachstum beeinträchtigen.

"In der Vergangenheit hat die öffentliche Hand der Nicht-OECD-Staaten bis zu 70 Prozent der Investitionen in die Stromversorgung getragen", so Sinn. "Das ändert sich gerade. Die Regierungen werden kaum mehr in der Lage sein, ausreichend Gelder zur Verfügung zu stellen." Private Investitionen in noch nie dagewesenem Umfang werden notwendig.

Abschied vom traditionellen Modell

Haupttreiber von Investitionen und Innovationen bei der Energieerzeugung werden nicht mehr die reichsten Industriestaaten der Welt sein. Vielmehr sorgen in den kommenden Jahrzehnten vor allem die Schwellenländer für globale Zuwächse bei der Stromerzeugung - und setzen dabei stark auf regenerative Energien. "Wir erwarten, dass die Nicht-OECD-Staaten bei den erneuerbaren Energien weit stärker zulegen als die Industriestaaten", erklärt Bain-Chef Sinn. Laut Studie ist bis 2040 mit einem Plus der regenerativen Energien von 1,7 Terawatt (außer Wasserkraft) zu rechnen, was 34 Prozent mehr sind als in den OECD-Staaten. Die Beschlüsse der jüngsten Weltklimakonferenz in Paris geben die Richtung vor.

Allerdings sind die Bedingungen für private Kapitalgeber in vielen Schwellenländern schwierig: Unsichere Renditeaussichten sowie undurchsichtige gesetzliche Vorschriften und bürokratische Hürden schrecken private

Investoren ab. Die Experten von Bain raten diesen Staaten daher dringend, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Acht-Punkte-Plan

Empfehlungen, wie Schwellenländer für private Geldgeber attraktiver werden können

Politische Entscheidungsträger

1. Nationale Ziele formulieren: Entscheidungsträger sollten einen eindeutigen, langfristigen Fahrplan entwickeln, welchen Energiemix aus konventionellen und erneuerbaren Energien sie anstreben. Außerdem muss der Ausbau einer flächendeckenden Versorgung klaren Zielen folgen.
2. Transparente Spielregeln auf dem Energiemarkt: Die Richtlinien müssen so gestaltet sein, dass die nationale Energiewirtschaft insgesamt wachsen kann. Mit der steigenden Stromproduktion muss zum Beispiel der Netzausbau Schritt halten, mit dem Kraftwerksausbau die Versorgung mit fossilen Brennstoffen.
3. Auf die richtige Technik setzen: Technologie wird durch schnelle globale Entwicklungen immer günstiger. Diese Vorteile sollten genutzt werden, um die Stromerzeugung günstiger zu machen, anstatt teure Sonderwege zu gehen.

Wettbewerbshüter

4. Gleiche Wettbewerbsbedingungen: Subventionen sollten möglichst abgebaut werden, um für alle Technologien den gleichen Marktzugang zu gewährleisten. Bei Maßnahmen zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes (zum Beispiel Emissionshandel oder Abgaben) darf der Wettbewerb so wenig wie möglich verzerrt werden.
5. Gegen Wildwuchs und Stromdiebstahl: Solange Strom abgezweigt wird, ohne erfasst und bezahlt zu werden, und privilegierte Abnehmer Vorzugspreise genießen oder Strom zum Nulltarif erhalten, stehen Energieunternehmen vor schwer kalkulierbaren Risiken auf der Vertriebsseite. Wettbewerbshüter müssen dafür sorgen, dass solche Verluste bei der Stromlieferung eingedämmt werden.

Unternehmen und Investoren

6. Public Private Partnerships: Klare, transparente Regeln ermutigen Geldgeber auch zu einem langfristigen Engagement.
7. Nährboden für Investitionen schaffen: Attraktive Finanzierungsangebote, etwa von staatlichen Förder- oder internationalen Entwicklungsbanken, holen Geldgeber an Bord.
8. Investitionen in Bildung und Forschung: Öffentliche Hand und Privatwirtschaft sollten beim Ausbau von Forschungsinstituten und Universitäten zusammenarbeiten. Der wachsende Energiehunger braucht Innovationen und kluge Köpfe wie Ingenieure oder Manager, die die Entwicklung vorantreiben.

Für die Redaktionen:

Eine Veröffentlichung des WEF zum Thema finden Sie unter diesem Link: <http://ots.de/8G8AV>

Über die Studie

"The Future of Electricity in Fast-Growing Economies: Attracting Investment to Provide Affordable, Accessible and Sustainable Power" lautet der komplette Titel des aktuellen Energiereports. Es ist der zweite Bericht zur Zukunft der Energieversorgung, den das Weltwirtschaftsforum und Bain gemeinsam vorlegen. Im vergangenen Jahr stand die Entwicklung in den Industriestaaten im Mittelpunkt.

Bain & Company

Bain & Company ist eine der weltweit führenden Managementberatungen. Wir unterstützen Unternehmen bei wichtigen Entscheidungen zu Strategie, Operations, Technologie, Organisation, Private Equity und M&A - und das industrie- wie länderübergreifend. Gemeinsam mit seinen Kunden arbeitet Bain darauf hin, klare Wettbewerbsvorteile zu erzielen und damit den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Im Zentrum der ergebnisorientierten Beratung stehen das Kerngeschäft des Kunden und Strategien, aus einem starken Kern heraus neue Wachstumsfelder zu erschließen. Seit unserer Gründung im Jahr 1973 lassen wir uns an den Ergebnissen unserer Beratungsarbeit messen. Bain unterhält 53 Büros in 34 Ländern und beschäftigt weltweit 6.000 Mitarbeiter, 700 davon im deutschsprachigen Raum. Weiteres zu Bain unter: www.bain.de.

Kontakt:

Leila Kunstmann-Seik, Bain & Company Germany, Inc., Karlspatz 1,
80335 München
E-Mail: leila.kunstmann-seik@bain.com, Tel.: +49 (0)89 5123 1246,
Mobil: +49 (0)151 5801 1246

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100018214/100782896> abgerufen werden.